V11

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Frederik Paul Antary

Titel: **Gemeinnützigkeit für den VVN statt für Uniter und JouWatch**

Antragstext

Ende September 2019, knapp sechs Wochen nach dem Anschlag von Halle, hat das Berliner Finanzamt der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN - BdA) den Status der Gemeinnützigkeit entzogen. Damit entschied es anders als das Finanzamt Oberhausen-Süd, welches kurz davor noch auf der gleichen Grundlage, nämlich der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern, entschieden hatte die Gemeinnützigkeit nicht abzuerkennen. Durch die Berliner Entscheidung würden für den Bundesverband des VVN Steuernachforderungen in fünfstelliger Höhe fällig und er wäre in seiner Existenz bedroht.

Zeitgleich gilt der Status der Gemeinützigkeit für einen Verein wie JouWatsch, welcher explizit mit dem Hinweis: "Sie sparen mit jeder Spende Steuern und können so dem ‚Merkel-Regime' noch zusätzlich eins auswischen." um Spenden wirbt. Auch der Verein Uniter, dessen Mitglieder mit Blick auf einen kommenden Tag X Ätzkalk und Leichensäcke bestellt hatten, verfügt nach wie vor über die Möglichkeit finanzielle Zuwendungen durch Spender*innen gegenüber dem Fiskus abzusetzen.

Losgelöst von der Frage, ob für manche Vereine ein Verbot oder eine verstärkte Überwachung durch staatliche Behörden angemessen wäre, wollen wir, dass für die Zukunft einen klarer definierten Gemeinnützigkeitsbegriff etabliert wird.

Und für uns muss klar sein: Antifaschismus muss unter diesen Begriff fallen.

Antifaschismus ist gemeinnützig.

Begründung

einerseits münddlich, andererseits in diesen Quellen

https://www.tagesspiegel.de/politik/uniter-und-jouwatch-wenn-extrem-rechte-vereine-als-gemeinnuetzig-gelten/24066402.html

https://berlin.vvn-bda.de/2019/11/offener-brief-von-esther-bejarano-an-olaf-scholz-das-haus-brennt-und-sie-sperren-die-feuerwehr-aus/

https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-03/nichtregierungsorganisationen-attac-steuervorteile-uniter-jouwatch-rechtsradikalismus-finanzamt